

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

22.10.1928 (No. 247)







Es ist nicht immer richtig, daß einer Partei die Opposition gut bekommen muß. Die Liberalen in England sind ja auch schon seit Jahren Oppositionspartei, und sie verlieren deshalb doch mit jeder Woche an Boden. Der Vergleich stimmt gewiß nicht ganz, aber der Hinweis genügt, um die absolute Wichtigkeit der These, daß Opposition immer ein Vergnügen und ein Gewinn sei, zu erschüttern.

Man darf ferner nicht vergessen, daß eine starke Minorität innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei die Entwicklung der Partei mißbilligt. Diese Minorität wird sicherlich die Politik des Herrn Eugenberg nur mit innerem Widerwillen mitmachen und mit ihrer Kritik da einsehen, wo sie ihr nötig erscheint.

Die innerpolitischen Gegensätze haben sich im übrigen gegen früher zweifellos etwas verringert. Und man kann sich kaum vorstellen, daß die jetzige Reichsregierung eine Politik treiben wird, welche die Gegensätze vergrößert, die Leidenschaften aufwühlt und so vielleicht den Deutschnationalen neue Anhänger zutreibt. Die Geschichte des kommunistischen Volksbegehrens ist doch in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Nicht einmal den mehr radikal gesinnten Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei ist es eingeleuchtet, sich durch die kommunistische Heße einfangen zu lassen. Wenn dem aber so ist, dann wird man auch sonst für die Zukunft von der Sozialdemokratie radikale Unüberleglichkeiten kaum erwarten dürfen; es sei denn, daß die Sozialdemokratie zwangsweise wieder in die Stellung einer Oppositionspartei, und die Arbeiterchaft in die Stellung eines Standes zweiter Klasse gedrängt werden sollte. Der Kommunismus selbst aber hat sich — das zeigt doch das Volksbegehren ganz deutlich — derartig als taube Kuh offenbart, daß auch ein deutschnationaler Volksgenosse mit einigem Verstand sich kaum noch von diesem Popanz schrecken lassen wird.

### Der deutsche Außenhandel im September

Der deutsche Außenhandel zeigt im September 1928 im reinen Warenverkehr (ohne Reparationszahlungen) einen Einfuhrüberschuß von 28 Millionen Reichsmark, gegen 58 Millionen Reichsmark im Vormonat, und zwar betrug in 1000 Reichsmark nach Gegenwärtswerten die Einfuhr im September 1 087 052 gegen 1 088 419 im August. Die Ausfuhr betrug im September 1 058 800 gegen 1 025 788 im August.

Die Einfuhr ist von August auf September unbedeutend gestiegen. Zugewonnen hat die Einfuhr von lebenden Tieren, Rohstoffen und halbfertigen Waren, Fertigwaren, während die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken zurückgegangen ist.

Die Ausfuhr ist auch im September wieder, wenn auch nicht in demselben Ausmaße wie im Vormonat, gestiegen (Steigerung Juli-August: 111,8, August-September: 38 Millionen Reichsmark). Eine Zunahme zeigt die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken (20,5 Millionen Reichsmark) sowie von Fertigwaren (32,1 Millionen Reichsmark); die Ausfuhr von Rohstoffen hat hingegen abgenommen (19,7 Millionen Reichsmark).

Gold und Silber wurden in 1000 Reichsmark nach Gegenwärtswerten im September eingeführt: 159 883 gegen 61 885 im August, und ausgeführt im September 2894 gegen 2818 im August.

### Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hatte sich am Samstag mit der Prüfung der letzten Reichstagswahlen in den Wahlkreisen Ostpreußen, Brandenburg, Brandenburg II und Sachsen-Thüringen, sowie mit der Prüfung von Wahlbeschwerden zu beschäftigen.

Eine Beschwerde der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit lautet dahin, daß durch die an verschiedenen Orten vorgenommene Abstimmung nach Geschlechtern gegen den Art. 125 der Reichsverfassung verstoßen und das Wahlergebnis verlest worden sei.

Zu dieser Beschwerde betonte als Regierungsvertreter Ministerialrat Dr. Koffenberg, daß die Trennung in der Abstimmung zumeist nur in größeren Orten vorgenommen worden sei, so daß eine Gefährdung für die einzelne Person bezüglich der Geheimhaltung ihrer Stimme keinesfalls vorliegen könne. Er bitte, die Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen.

Der Völkisch-nationale Block, der bei den letzten Reichstagswahlen 266 000 Stimmen, aber kein Mandat erhalten hatte, weil in keinem Wahlkreisverbande die erforderliche Anzahl von 60 000 Stimmen aufgebracht worden war, hat gleichfalls die Gültigkeit der Reichstagswahl angefochten, mit der Erklärung, daß in diesem System der Stimmenverwertung eine Ungerechtigkeit liege, zumal kleinere Parteien, trotzdem sie weit weniger Stimmen erzielt hätten, in den Besitz von Mandaten gelangt seien.

Das Gericht erklärte die Wahlen für gültig. Die Beschwerden wurden zurückgewiesen.

### Gesetzesvorlagen des Reichsarbeitsministeriums

Zur Nichtigstellung verschiedener Pressemeldungen über schwebende Gesetzesvorlagen im Reichsarbeitsministerium wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium auf Wunsch des Reichstages eine Denkschrift vorbereitet, die sich auch mit der Frage beschäftigt, ob und wie zur Zeit nichtberufliche Betriebe in die Unfallversicherung einbezogen werden könnten.

In Vorbereitung ist ferner der Entwurf einer Verordnung über Erweiterung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, für welche bisher keine Entschädigungen geleistet worden sind. In diesem Entwurf werden auch die Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates verwertet. Ein weiterer Entwurf einer Verordnung über Krankenbehandlung und Berufsfürsorge in der Unfallversicherung liegt bereits dem Reichsrat vor und wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen von diesem verabschiedet werden.

Auf Grund einer Entschließung des alten Reichstages wird die Reichsregierung eine Denkschrift darüber vorlegen, ob in der Angestelltenversicherung die Altersgrenze der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre möglich ist, und ob die Wartzeit von 120 Beitragsmonaten verkürzt werden kann.

Was endlich die Frage der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung anbelangt, so ist es richtig, daß einige Verbesserungen bei der Hinterbliebenenversorgung erwogen werden. Hierbei ist jedoch die Frage des Anspruchs auf Selbstbehandlung nicht erörtert worden.

## Die Parteien im Reich

### Die Tagung der Deutschnationalen

An der Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei, die Samstagabend im Reichstag in Berlin zusammentrat, nahmen 400 Vertreter aus allen Gebieten des Reiches teil, darunter 285 Stimmführer. Die Fraktionen des Reichstages und des preuß. Landtages waren beinahe vollständig vertreten. Der Vorsitzende, Graf Westarp, eröffnete die Tagung, auf deren Tagesordnung an erster Stelle die Neuwahl der Parteileitung stand. Geheimrat Eugenberg wurde mit großer Mehrheit zum Parteivorstand gewählt. Das Stimmverhältnis bei der Wahl wurde nicht bekanntgegeben.

Aber die Sonntagssitzung wird von der deutschnationalen Pressestelle eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt: „Die Aussprache wurde durch eine Rede des Parteivorstandes Geh. Rat Eugenberg eröffnet, an die sich ein Referat des Fraktionsführers Graf Westarp schloß. Unter dem tiefen Eindruck beider Reden beschloß die Versammlung einstimmig, die Tagung ohne Aussprache zu schließen.“

Der „Montag“ bringt Auszüge aus den Reden Eugenbergs und Westarps. Eugenberg erklärte u. a.: Die Politik Dr. Stresemanns habe nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt, England und Frankreich haben sich im Gegensatz zu dieser Politik wiedergefunden, und zwar ohne Deutschland. Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei heute, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schlachtfeld der Welt zu werden. Dies mit allen Mitteln zu verhindern, sei die Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Politik könne nur in dem Ziel bestehen, die Lebensmöglichkeiten für die große Masse des Volkes zu verbessern. Zur Sozialgesetzgebung betonte der Redner, daß es verhütet werden müsse, daß die sozialen Einrichtungen ein Instrument einer einzelnen Partei oder einer einzelnen Richtung würden. Es bleibe Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, die überparteilichen Kräfte der Wirtschaft und der Wehrverbände anzuregen. — Graf Westarp erklärte, er sehe in den Reparationsverhandlungen die große Gefahr einer Kommerzialisierung der Damesachen. Reparationen, sondern die Dedung der nächstens beginnenden Verpflichtungen Frankreichs beabsichtigen. Zum Schluß betonte Graf Westarp, der Zweck der Opposition sei die Gewinnung der Macht; die Interessenpolitik dürfe jedoch nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt werden. Man müsse die Opposition jederzeit so führen, daß man die Macht übernehmen könne.

Die „Germania“ schreibt, Eugenberg verkörpere die radikalste Richtung seiner Partei und gehöre zu den unversöhnlichsten Gegnern des neuen Staates. Seine Wahl sei eine Gewalttat; der Gegenstand werde kaum ausbleiben. — Der „Völkischer“ schreibt, es bleibe abzuwarten, wie sich die deutschnationalen Angehörigen und Arbeiter zu dem Wechsel in der Parteiführung stellen werden. — Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Wahl einen Sieg der Extremisten über die andern Parteigruppen. Die Deutschnationalen schieben jetzt aus Koalitionskombinationen vorläufig aus.

### Der Parteivorstand im Zentrum

Nachdem durch eine Notiz der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ die bisher vertraulich behandelte Tatsache bekannt geworden ist, daß Reichstagsminister A. Dr. Marx auf der bevorstehenden Delegiertenversammlung der führenden Parteiführer seinen Vorstoß niederlegen wird, hat Dr. Marx die „Germania“ nunmehr ausdrücklich ermächtigt, festzustellen, daß diese Mitteilung den Tatsachen entspricht.

Schon vor den Wahlen im Mai, so schreibt das Berliner Zentrumsblatt dazu, hat Dr. Marx diese Absicht geäußert. Man muß sich daran erinnern, daß Dr. Marx im Februar und März dieses Jahres von einer ersten und schweren Krankheit heimgeführt war, deren Folgen auch heute noch nicht ganz behoben sind und größte Schonung erfordern. Jetzt, wo die parlamentarische Arbeit wieder beginnt und der Parteitag eine geeignete Gelegenheit bietet, hat Dr. Marx seinen damaligen Entschluß aus den gleichen gesundheitlichen Gründen durchgeführt und dem Vorstand auf der Tagung am 6. Oktober von seiner Absicht offiziell Kenntnis gegeben.

Es ist also völlig aus der Luft gegriffen, wenn, wie es beispielsweise in der „Völkischen Zeitung“ berichtet wurde, dem Rücktritt von Dr. Marx politische Motive oder politische Meinungsverschiedenheiten über die künftige Politik des Zentrums untergeschoben werden. Im allen Gerüchten die Spitze abbrechen, ist es in diesem Zusammenhang vielleicht angebracht, noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß das Zentrum gegenüber der künftigen Regierungsgestaltung seinerseits keinen Anstoß zur Initiative hat. Das ist doch wohl Sache der Regierung oder aber der stärksten in der Regierung vertretenen Partei. Man wird uns zugeben, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, die Koalition, wenn sie nun schon als festes Gefüge gebildet werden soll, auch dauerhaft zu machen. Das wäre nach unserer Auffassung das oberste Prinzip. Diese Dauerhaftigkeit ist aber nur garantiert, wenn man sich über schwierige Fragen vorher einig wird. Wir sprechen jetzt nicht so sehr von einem bis in alle Einzelheiten gehenden Programm, sicher aber von Fragen, die akut sind. Es ist heute noch verfrüht, über die Nachfolge von Marx Erörterungen anzustellen. Eine kleine Kommission des Zentrumsvorstandes befaßt sich bereits mit dieser Frage.

### Tagung des demokratischen Parteiausschusses

Auf der am Samstag und Sonntag in Berlin abgehaltenen Tagung des demokratischen Parteiausschusses erstattete der Parteiführer, Justizminister Koch, ein Referat über die politische Lage, in dem er u. a. ausführte: Das Ergebnis von Genuß ist nicht so negativ, wie es manche hinstellen wollen. Tatsächlich ist erreicht, daß die Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes und die Reparationsfrage aufgenommen werden, ohne daß der Eindruck erweckt ist, als wenn wir die einzigen in Europa sind, die an solchen Verhandlungen Interesse haben. Die Locarnopolitik schließt uns heute politisch vor dem gewaltsamen Zugriff eines einzelnen unserer früheren Gegner und beseitigt wirtschaftlich durch die Transferenzklausel die Furcht vor einer neuen Inflation. Der Redner wies ferner darauf hin, daß 10 Jahre nach dem Kriege das Rheinland noch immer besetzt sei und erklärte, daß sich hier unsere Gegner an dem Verständigungsgebeten veründigen. Ob die Locarnopolitik zu einer Veröhnungspolitik führen wird, hängt jetzt von den anderen ab.

Aber die Sonntagabendverhandlungen wird ein Bericht ausgegeben, laut welchem der Parteiausschuß einen Antrag angenommen hat, monach im Anschluß an Ausführungen des Parteivorstandes über die Notwendigkeit und Ziele der Wirtschaftsdemokratie erwartet wird, daß diese Idee in den Mittelpunkt des demokratischen Wirtschaftsprogramms gestellt wird. Ein weiterer Beschluß besagt, daß die Partei an der Entschließung des Hamburger Parteitages zum Konfortat festhält. Der Parteiausschuß sei weiterhin in der Frage des Panzerkreuzerbaues nicht zu binden. Zur Wahlreform wurde eine Entschließung angenommen, laut welcher der Parteiausschuß ersucht, einen Initiativantrag einzubringen, der grundsätzlich den Einzelmandaten-Wahlkreis unter Festhaltung des Proporz festlegt. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, den Kampf für eine so gestaltete Wahlreform mit allen Mitteln zu führen. Schließlich gelangte noch eine Resolution zur Wahlreform zur Annahme, in der es heißt: Sofern es nicht gelingt, die Angelegenheit durch die Reichsregierung in näch-

ster Zeit vorzubringen, ersucht der Parteiausschuß den Verfassungsausschuß der Partei, gemeinsam mit der Reichstagsfraktion einen einheitlichen Entwurf einer Wahlreform auszuarbeiten, der die Grundlage von Verhandlungen mit allen reichsreformfreundlichen Organisationen (Wirtschaftsverbände wie politischen Ausschüssen und Bänden) bildet, um durch eine große Volksbewegung den Gedanken der Wahlreform zu verwirklichen.

### Eine Kundgebung der SPD.

Zur Erinnerung an den Erlaß des Sozialistengesetzes vor 50 Jahren veranstaltete die sozialdemokratische Partei am Sonntag in Berlin eine große Kundgebung im Lustgarten, zu der sich nach polizeilicher Schätzung etwa 20. bis 25 000 Teilnehmer eingefunden hatten. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stand ein historischer Festzug, der die Geschichte der SPD. von ihren Anfängen bis zur Bildung der deutschen Republik in zahlreichen Wagengruppen schilderte. Um 4 Uhr versammelten die Kommunisten ihre Mitglieder an der gleichen Stelle zu einer Kundgebung. Die Tendenz der kommunistischen Kundgebung war hauptsächlich gegen die SPD. gerichtet. Da die Polizei getrennte An- und Abmarschwege angeordnet hatte, ist es zu Zusammenstößen und Zwischenfällen nicht gekommen.

## Zur Frage der Reichsreform

### Preussische Denkschriften

Über zwei Denkschriften des preussischen Mitgliedes des amtlichen Reichsreformauschusses, Dr. Bracht, zur Reichsreform wird mitgeteilt:

In der Mai-Denkschrift werden die Mängel des gegenwärtigen Zustandes und ihre Tragweite „systematisch zusammengefaßt. Die Juni-Denkschrift, die dem Ausschuß als Beratungsunterlage dienen soll, führt u. a. aus: Wenn der Ausschuß die größten Mängel nicht übergehen will, muß er die preussische Frage einbeziehen, d. h. die Befestigung der doppelten Zentralregierung in Berlin. Hierüber kann aber nicht isoliert entschieden werden. Verschiedene Abstützungen in der Organisation der Länder und ihren Beziehungen zur Zentralregierung sind notwendig. Die Arbeit läßt sich auf die folgenden Hauptfragen konzentrieren: Die Provinzen Preußens können auch als Länder bei Vereinigung der Zentralregierungen prinzipiell zunächst nur die heutigen Zustände als Ausgangspunkt haben. In der Verwaltung sollten den Provinzen zwar weitere Befugnisse übertragen werden; das muß aber späteren, einfachen Reichsgesetzen bzw. Regierungsanordnungen überlassen werden.

Umgekehrt kann den großen außerpreussischen Ländern nicht mit einem Schläge ihre Gesetzgebung und Verwaltung abgenommen werden. Die Zusammenführung der Verwaltung muß hier auf anderem Wege erreicht werden.

Am Schluß entwirft Bracht zehn formulierte Vorschläge:

1. Die Gebiete der Länder Preußen (Bayern), Sachsen (Württemberg, Baden), Thüringen, Hessen, Hanburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz (Waldeck), Schaumburg-Lippe werden Länder (neue Länder), wobei bis zur anderweitigen Abgrenzung durch einfaches Reichsgesetz die jetzigen Landesgrenzen, in Preußen die jetzigen Grenzen der preussischen Provinzen, maßgebend sind.

2. und 3. Gesetzgebung und Verwaltung stehen den neuen Ländern nach Maßgabe der Reichsverfassung mit gewissen Besonderheiten zu.

4. In den preussischen Ländern werden die Rechte des Landtags bis zur ersten Wahl von den bestehenden Provinziallandtagen ausgeübt. Für die preussischen Länder bleibt ein Zentrallandtag bestehen.

5. Für jedes Land oder mehrere von ihnen wird als oberster Vertreter der Reichsbehörden ein Reichsbevollmächtigter (andere Bezeichnung vorbehalten) vom Reichspräsidenten bestellt.

6. Ein Drittel der den preussischen Ländern nach Artikel 61 der Reichsverfassung ausfallenden Stimmen wird von der Reichsregierung bestellt und mit Anweisung versehen.

7. und 8. betreffen die Ernennung von Reichsbeamten und ihre Rechte, 9. die Erhöhung der Zahl der Reichstagsmitglieder bis um 100, und 10. Ausführungsvorschriften durch Reichsgesetz. Städte, die durch ihre Größe und besondere natürliche Aufgabe aus dem Rahmen des neuen Landes herausfallen, können zu landfreien Städten erklärt werden, wenn ein Finanzausgleich durch Abkommen oder Gesetz erreicht ist.

### Eine bayerische Denkschrift

Dem Ausschuß der Länderkonferenz ist, wie die „Bayr. Staatszeitung“ meldet, eine schriftliche Darlegung des bayerischen Standpunktes zu den Fragen, die auf der heutigen in Berlin beginnenden Länderkonferenz stehen, nunmehr zugegangen.

Die Denkschrift beschäftigt sich im ersten Abschnitt mit den von preussischer Seite geltend gemachten Mängeln. Sie kommt in der Hauptfrage (Preußen und Reich) zu dem Ergebnis, daß bei der Erörterung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich die Hauptursache der Unzulänglichkeit durch das Reich zu erblicken sei. Im zweiten Abschnitt des Verichts werden u. a. Beispiele angeführt, die besagen, daß das Reich fortgesetzt durch die Errichtung von neuen Sonderbehörden in die Hoheitsgebiete der Länder übergreift, und zwar durch die Errichtung von Arbeitsämtern, von Prüfstellen für Lichtspielwesen gegen Schund und Schmutz, von Reichsbauämtern, von Reichsforstämtern und Reichswasserstraßenbehörden. Als besonders empfindlicher Mangel unseres Verfassungslebens sei die Tatsache zu belegen, daß die Einzelstaaten nicht mehr die genügende Einflussmöglichkeiten auf Gesetzgebung und Verwaltung haben, um der Notlage des Mittelstandes und insbesondere der der Landwirtschaft zu steuern.

Als letzte Folge einer mangelnden Ausstattung der Länderrechte stellt der Bericht die Zentralisierung des Geldwesens in Berlin hin. Nicht in dem bundesstaatlichen System, sondern in der Nichtachtung dieses Systems (sowie die Mängel unseres Verfassungslebens begründet. Dazu komme, daß das Werk von Weimar vielfach die für die Verfassung einer großen Nation unerlässliche Klarheit und Festigkeit vermissen lasse und den Ländern die für ihren Lebensraum nötige Bewegungsfreiheit nicht gewährleiste. Der Bericht schließt, unsere Wahrung ist stabilisiert worden. Das war eine große Aufgabe. Heute fordert ebenso wichtige Not Stabilisierung der Reichsverfassung auf der Grundlage des Rechtes.

Die Biersteuererhöhung. Wie der „Bayrischen Staatszeitung“ aus Berlin berichtet wird, liegen endgültige Pläne über die Biersteuererhöhung im Reichsfinanzministerium noch nicht vor. Doch werde bereits jetzt bekannt, daß sich die Erhöhung der Biersteuer nicht in der ursprünglich gemeldeten Höhe bewegen wird. Man rechnet damit, daß die Erhöhung 40 Proz. nicht übersteigt.

Zeitungsverbot in Schlesien. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund des § 21 des Republikverfassungsgesetzes in Gubrau erscheinende Tageszeitung „Gubruer Anzeiger“ auf die Dauer von 4 Wochen, und zwar vom 21. Oktober bis zum 17. November, verboten.



### Das kommende Reichsarbeitschutzgesetz

W. Müller, 22. Okt. (Tel.) Reichsarbeitsminister Wiffel sprach hier im Rahmen einer von der Reichszentrale für Heimdienst für Gewerkschaftsführer aller drei Richtungen veranstalteten Konferenz über das kommende Arbeitschutzgesetz. Der Minister hob hervor, daß er über die Absichten der Reichsregierung zur künftigen Gestaltung der Arbeitsaufsicht noch keine Angaben machen könne. Die Beratungen hierüber seien noch nicht zum Abschluß gelangt, wenn auch mit einer baldigen Entscheidung zu rechnen sei. Er verteidigte den Entwurf gegen den Vorwurf, daß seine Ausnahmeregelungen den Grundgedanken des Achtstundentages allzu sehr überwucherten. Zum Schluß betonte der Minister nochmals die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, in der Frage der Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag in positivem Sinne mitzuarbeiten.

### Rund 9000 Wohnungen für Besatzungszwecke

Nach einer vorliegenden Übersicht sind, der „Kreuzzeitung“ zufolge, gegenwärtig von der Besatzung im altbesetzten Gebiet beschlagnahmt 8208 reichseigene Besatzungsmöblierhäuser; dazu kommen noch 1762 Wohnungen im anderen Reich und landeseigene Gebäude. In Privathäusern und Gebäuden der Gemeinden sind außerdem 3902 Wohnungen beschlagnahmt, so daß insgesamt gegenwärtig im besetzten Gebiet 8867 Wohnungen für Besatzungszwecke requiriert worden sind. Dazu kommt noch die vollständige Beschlagnahme von 14 Schulen und die teilweise Beschlagnahme von 17 Schulen. Die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen ist nach den letzten Meldungen sogar etwas höher geworden als im Dezember 1927.

**Ende des Lodger Textilarbeiterstreiks.** Die Versammlung der Lodger Textilarbeitergewerkschaften hat am Sonntag nach längerer Beratung mit überwiegender Stimmenmehrheit einen Beschluß gefaßt, den Streik abzubrechen und die Arbeit am heutigen Montag wieder aufzunehmen.

**Der Wohnungsbau in England.** Das englische Gesundheitsministerium teilt über die Unterstützung des Wohnungsbaus mit, daß in dem am 30. September zu Ende gegangenen Zeitraum von einem Jahr mit staatlicher Unterstützung 101 790 Wohnungen errichtet wurden.

**Der Kampf Aman Allahs.** Daily News berichten, daß die Aufstände gegen die reformistischen Tendenzen des Königs und der Königin von Afghanistan schwerwiegender Art sind. Nach den umgehenden Gerüchten sind die vor kurzem erfolgten Hinrichtungen lange nicht die einzigen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben. Mehrere Gegner der Reform, so auch ein Führer der Stämme an der indischen Grenze, wurden auf Befehl des Königs hingerichtet. Sogar der Bruder des Königs soll mit anderen vornehmen Personen zusammen verhaftet worden sein.

**Das neue China.** Wie die „Morning Post“ meldet, hat der chinesische Dichter und Professor der Philosophie, Dr. Hu Shih, der als einer der größten modernen Dichter Chinas gilt, eine Vereinigung gegründet, die sich „Front der Kultur zur Befreiung der alten übergläubigen Traditionen Chinas“ nennt.

### Verschiedenes

über dem Gletscher aus dem Flugzeug gestürzt

Am Freitag nachmittag führte von Thun (Schweiz) aus ein Militärpilot mit einer Dame als Passagier einen Flug über die Alpen aus, wobei das Flugzeug über dem Aletschgletscher in eine außerordentlich starke Fallböe geriet. Als es dem Piloten gelang, den Apparat wieder in die normale Fluglage zu bringen, bemerkte er eine Gewichtsbewanderung und gewahrte, daß die Begleiterin aus dem Beobachtungsflug herausgestürzt war. Die Rettungsarbeiten einer von der Jungfrauabahn organisierten Hilfskolonne führten zur Auffindung der Leiche der Bergfliegerin auf dem Gletscher.

Die Einsturzkatastrophen in Paris und Prag

Bei der Einsturzkatastrophe in Vincennes (Paris) sind im ganzen 19 Tote geborgen worden. Da man annimmt, daß sich kein Toter mehr unter den Trümmern befindet, sind die Bergungsarbeiten eingestellt worden. Auch die Aufräumarbeiten an der Prager Unglücksstätte sind beendet worden. Die Katastrophe in Prag hat insgesamt 46 Tote und 34 Verletzte als Opfer gefordert. — In der Umgebung von Belfort ist ein Gebäude einer Textilfabrik eingestürzt. Drei Arbeiter wurden verletzt.

### Aus der Landeshauptstadt

**Badisches Landestheater.** Unter der Leitung von Josef Krupis findet heute das II. Sinfonie-Konzert statt, für das Werke von Schubert, Liszt und Strauss vorgesehen sind. Das Klavierkonzert in A-Dur von Liszt wird Prof. Paul Weingarten spielen. Am Dienstag, den 23. Oktober, ist der erste Wiederholung der Schilling'schen „Mona Lisa“ festgesetzt. Verbis „Maskenball“ wird am Donnerstag, den 25. Oktober, in Szene gehen. Die mit großem Beifall aufgenommene Oper von Cornelius „Der Barbier von Bagdad“ wird am Freitag, den 26. Oktober, wiederholt werden. Den reichhaltigen Wochenplan der Oper schließt Wagner's „Lohengrin“ am Sonntag, den 28. Oktober, ab.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Der Isandwirbel, dessen Vorderseite uns am Samstag außergewöhnlich warmes Wetter mit vorübergehender Aufheizung gebracht hatte (Höchsttemperatur in der Rheinebene 22 Grad), füllt sich auf, hinterläßt aber auf dem Festland noch flache Teiltief. Unter deren Einfluß sind zunächst weitere Niederschläge zu erwarten. Mit dem allgemeinen Ausgleich der bisher starken Druckgegensätze über Europa besteht jedoch später für uns Aussicht auf einige Tage trockenen und heiteren Wetters. Wetterausichten für Dienstag: Etwas kühler, zeitweise aufsteigend, vereinzelt noch Regen, bei wechselnden Winden.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	22. Okt.		20. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterd. 100 G.	168.09	168.43	168.14	168.48
Kopenhagen 100 Kr.	111.82	112.04	111.84	112.06
Napoli . . . 100 L.	21.97	22.01	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.336	20.376	20.344	20.384
New York . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.1950	4.2030
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.70	80.86	80.72	80.80
Wien 100 Schilling	58.945	59.065	59.965	60.085
Prag . . . 100 Kr.	12.428	12.448	12.43	12.45

### Badischer Teil

#### Kommunistisches Volksbegehren Panzerkreuzer-Verbot

Die Gesamtsumme der Eintragungen in Baden (32. Stimmkreis) beträgt nach dem vorläufigen Ergebnis: 24 115, das sind 1,6 Proz. der Stimmberechtigten bei der Reichstagswahl 1928.

#### Einweihung der Bahn Neckarsteinach-Schönau

D. J. Neckarsteinach, 20. Okt.

Das Steinachtal hatte heute einen Freudentag. An diesem Samstag sind die seit fast 50 Jahren gehegten und unentwegt zielbewußt verfolgten Wünsche in Erfüllung gegangen, die dem Steinachtal eine Bahnlinie bringen, vorerst nur in einer Ausdehnung von 5 Kilometern, von Neckarsteinach bis Schönau. Damit ist dem stillen Tal der Anschluß an das große Verkehrsnetz ermöglicht. Heute mittag fand in Anwesenheit einer großen Zahl geladener Gäste die Einweihung der neuen Bahnlinie statt. Unter den Ehrengästen bemerkte man neben dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Frhr. v. Elz-Rillenbach, und einem Stabe höherer Beamten den badischen Staatspräsidenten Dr. Kemmele, den badischen Finanzminister Dr. Schmitt, den Reichsminister des Innern, Reichsministerialrat Seeger, Karlsruhe, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Karlsruhe, die Landtagspräsidenten Ritter-Heidelberg und Habermeil-Forstheim, verschiedene badische Landtagsabgeordnete, den Präsidenten des badischen Landtags, Delp, sowie verschiedene höhere Beamte bei der Freistaaten.

Am 10½ Uhr traf der mit Girlanden und Kränzen geschmückte Sonderzug mit den Ehrengästen aus Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg in Neckarsteinach ein, wo auf herzlichem Boden eine Begrüßung durch Bürgermeister Schmitt von Neckarsteinach erfolgte, auf die Präsident v. Elz-Rillenbach erwiderte, indem er die Regierungsbereiter der beiden Länder wie auch die Gäste herzlich willkommen hieß, die gütigsten Beziehungen beider Länder hervorhob und daran den Wunsch knüpfte, daß beider Zusammenarbeit auch in Zukunft zum wirtschaftlichen Aufschwung Oessens und Badens beitragen möge.

Der Vorstand des ausführenden Bauamtes, Reichsbahnrat Eisenlohr, übergab sodann die fertige Strecke dem Reichsbahnpräsidenten, der ihm und allen seinen Mitarbeitern aufrichtigen Dank abbatte. — Der badische Minister des Innern unterstrich amnützlich die Worte des Reichsbahnpräsidenten die Bedeutung des Baus, der geeignet sei, die Beziehungen der beiden Nachbarländer auch weiterhin zu festigen und zu stärken und der Wirtschaft gute Dienste zu leisten. Wenn demnächst über die Landesgrenze hinaus Verhandlungen zur Vereinheitlichung aufgenommen werden würden, so geschehe dies auch im Interesse der Einheit und Geschlossenheit des Reiches, die eine der ersten Vorbedingungen für den völligen Wiederaufbau sein müßte.

Nach einer Begrüßung durch Ehrenjungfrauen, sowie Musik- und Gesangsvorträgen setzte sich alsdann der Festzug unter den Klängen der Musikkapellen in Bewegung durch das idyllische Steinachtal nach dem fünf Kilometer entfernten Schönau, wo sich die ganze Gemeinde für einen Volks- und Festtag gesammelt hatte und in Scharen im Tal und auf den Hügeln das Bahngelände umgab. — Bürgermeister Mannschott gab in seiner Begrüßung der Freude der Bevölkerung Ausdruck, daß ihr Ziel nun endlich erreicht sei. Die Schuljugend wartete mit Gesangsvorträgen auf, ebenso drei Gesangsvereine und eine Musikkapelle mit ihren Darbietungen.

Hierauf marschierte man in geschlossenem Zuge unter den Weisen verschiedener Musikkapellen und in Begleitung der Schulkinder, Ehrendamen und sämtlicher Vereine des Städtchens und seiner Umgebung durch einen Triumphbogen nach der Stadt, wo im Saale des Gasthauses zum „Goldenen Löwen“ das Mittagsmahl eingenommen wurde.

Im Verlaufe des Abends ergriff der Präsident Frhr. von Elz-Rillenbach das Wort zu einer Ansprache über die Geschichte des Bahnbaus und die Zukunftsmöglichkeiten der Transportwege. Er begrüßte insbesondere den badischen Staatspräsidenten Kemmele, den badischen Finanzminister Dr. Schmitt und den badischen Minister des Innern, Reichsministerialrat Seeger, und gab sodann ein Bild der verwirklichten Geschichte der Steinachtalbahn. Die Geschichte der Bahn hat ein Alter von fast 60 Jahren. Daß die Bahn gebaut wurde, ist in der Hauptsache der Fähigkeit der Steinachtaler zu verdanken, die so lange drängten, bis die badische Regierung im Jahre 1912 die Generaldirektion der bad. Staatsbahn mit der Aufstellung eines genauen Entwurfs mit Kostenanschlag u. Ertragsberechnung für eine Bahn von Neckarsteinach nach Heiligkreuzsteinach und für die einzelnen Teilstrecken beauftragte. Im Sommer 1914 wurde der Staatsvertrag mit Oessens geschlossen, doch lehnten die heffische Regierung und die Gemeinde Neckarsteinach jede Kostenbeteiligung ab. Im Rotenjahr 1914/15 wurden als erste Rate für die Strecke Neckarsteinach-Schönau 250 000 M. vom Landrat genehmigt. Die Fortsetzung der Bahn wurde in Aussicht gestellt. Im Frühjahr 1919 stellte der badische Landtag erneut Baumittel zur Verfügung. Mit der Lederfabrik Freudenberg in Weinheim wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach diese die Erarbeiten auf der Gemarkung Schönau ausführte. Die Bauarbeiten mußten dann während der Inflation eingestellt werden. Das Reichsbahngesetz vom 30. August 1924 schuf dann die Deutsche Reichsbahngesellschaft und nahm ihr die Verpflichtung des Staatsvertrages ab, wonach die begonnenen Bauten fortzuführen waren.

Die ersten Entwürfe von 1907 und 1913 stammten von Geh. Oberbauamt Krüater. Den Ausführungsentwurf hat Baudirektor Hauger aufgestellt. Die Bauabteilung der Reichsbahndirektion, die die Arbeiten vollendet hat, wird von Baudirektor Grimm geleitet. Zuständiger Bauverordnender ist Reichsbahnoberrat Müller. Die Bauausführung lag in der Hand des Vorstandes des Bauamts Gerbach, Reichsbahnrat Eisenlohr. Für die Bauleitung war ihm das Baubüro in Neckarsteinach unterstellt. Die Baukosten der 5,1 Kilometer langen Bahn betragen 1,2 Millionen Reichsmark. Die Vorausberechnung schätzte die jährlichen Einnahmen auf 32 000 M., die Betriebsausgaben auf 45 000 M. Das reine Betriebsdefizit wird also jährlich 13 000 M. betragen. Rechnet man eine 5prozente Verzinsung des Anlagekapitals hinzu, so steigert sich das jährliche Defizit auf 79 000 M. Der Redner betonte, daß die Eisenbahn in manchen Fällen nicht das geeignetste Verkehrsmittel sei, insbesondere dann nicht, wenn es sich um geringen Verkehr über kurze Strecken handle. Da müsse der Kraftwagen einsehen. Es sei eine große Aufgabe der neuen Zukunft, den Kraftwagen in die Verkehrsbedienungen der Reichsbahn planmäßig einzugliedern, und zwar organischer und systematischer als das bisher geschehen konnte. Dabei werde die Reichsbahn angefaßt, der schweren Belastung durch den Dienst vor einem wilden Wettbewerb geschützt werden müssen. Zum Schluß beglückwünschte der Präsident die Gemeinden des Tales, besonders die Stadt Schönau, da ihr langjähriger Wunsch erfüllt ist und brachte ein Hoch auf das Steinachtal und seine Bewohner aus.

Der badische Staatspräsident Dr. Kemmele, gab seiner Freude Ausdruck über die allgemeine lebhafteste Anteilnahme der Bevölkerung und folgerte daraus die Notwendigkeit der Einigung des ganzen deutschen Volkes über Politik, Tageskampf und Wirtschaftsgesänge hinaus. Das Vaterland habe noch einen weiten Weg zurückzulegen bis zu seinem völligen Wiederaufstieg, und bei diesem Selbsterhaltungskampf seien mehr als je alle Kräfte der Nation einzusetzen. Das heutige Fest gelte der Fortentwicklung des bisher von der großen Wirtschaft ziemlich abgelegenen Steinachtals und der Bahnbau werde hoffentlich dazu beitragen, auch ihm ein gedeihliches Vordrängen zu ermöglichen.

Bürgermeister Mannschott, Schönau, beendete nochmals den herzlichen Dank der in Betracht kommenden Gemeinden für die endliche Verwirklichung ihrer Wünsche. Er knüpfte daran die Hoffnung, daß demnächst die Bahn weiter ausgebaut werde, in den Oberrhein hinein bis Heiligkreuzsteinach und noch darüber hinaus. — Der Sohn des Besitzers der Lederwerke Freudenberg, Weinheim, die in Schönau einen großen Zweigbetrieb mit etwa 300 Arbeitern unterhalten, gab einen Überblick über die Entwicklung dieses Unternehmens im besonderen und des Wirtschaftslebens im ganzen Steinachtal.

Weiter sprach Landtagspräsident Dr. Baumgartner, der betonte, daß aus dem Kampfe der beiden Länder das an und für sich glückliche Ergebnis doch endlich herausgelassen sei, daß die Bahn verwirklicht wurde.

Der heffische Landesforstmeister Oesse gab namens der heffischen Regierung den Danke Ausdruck für das Entgegenkommen, das die Reichsbahnverwaltung der Regierung bei der Trassierung der schwierigen Strecke bewiesen habe.

Pfarrer Vossart, Schönau, verbreitete sich über die Geschichte der Stadt Schönau mit ihrer 800jährigen Vergangenheit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Bahn diese Gegend zu neuer wirtschaftlicher Entwicklung gebracht werde.

Oberpostdirektionspräsident Lämmlein betonte das innige Einvernehmen zwischen Reichsbahndirektion und Oberpostdirektion und gab bekannt, daß beabsichtigt sei, nachdem die Autobahn Neckarsteinach-Schönau mit dem heutigen Tage der Bahn habe weichen müssen, demnächst eine Postautolinie von Schönau nach Heiligkreuzsteinach hinaus eröffnet wird. Gegen 5 Uhr begaben sich die Gäste unter dem Geleit der gesamten Bevölkerung im Zuge nach dem Bahnhof zurück, um die Heimreise anzutreten.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 22. Okt. Der für das Gipfergewerbe gefällte Schiedspruch wurde von den Meistern abgelehnt. Der Streik geht unvermindert weiter.

bid. Mannheim, 20. Okt. Der Leiter des Badischen Revisionvereins (Sib Mannheim), Direktor Friedrich Pfeiff, konnte seinen 70. Geburtstag feiern. Seit 28 Jahren bekleidet er sein verantwortungsvolles Amt.

D. J. St. Ilgen (Heidelberg), 20. Okt. In der Nacht zum 19. Oktober wurde ins hiesige Rathaus eingebracht und eine Kaffette samt einem Holzkränchen geraubt. Auf dem Felde öffneten die Eindrehler die Kaffette, fanden aber zu ihrer Enttäuschung keinen roten Heller noch sonstige Wertgegenstände. Nur der Füllfederhalter des Gemeindevorstehers wurde eine Beute der Täter. Die Wertgegenstände, die zur Tat benutzt wurden, gehören einem hiesigen Handwerker. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

D. J. Schweisingen, 20. Okt. Direktor a. D. der Kreispflegeanstalt Weinheim, August Bittsch, der seit vielen Jahren in Weinheim lebt, feierte dieser Tage seinen 90. Geburtstag.

D. J. Neulohheim, 20. Okt. Heute nachmittag wurde die Antonine Wiesloch-Neulohheim eröffnet. Die Strecke führt über Rotmalsch, Rot, St. Leon und Neulohheim. Nach der Probe- und Eröffnungsfahrt fand im Rathaus eine kleine Feier statt.

bid. Walsdorf b. Wiesloch, 21. Okt. Im Alter von 72 Jahren ist hier Altbürgermeister Philipp Krell gestorben.

D. J. Sulzfeld b. Eppingen, 20. Okt. Die Zuckerrüben- und Zichorienerte ist in vollem Gange. Der Ausfall der Ernte ist auch hier als gut zu bezeichnen. Es werden täglich durchschnittlich sechs Eisenbahnwagen verladen. Der Gesamttertrag wird 16 bis 18 000 Doppelzentner erreichen.

bid. Bruchsal, 21. Okt. Eine in Stadt und Bezirk bekannte Persönlichkeit, Polizeikommissar a. D. Franz Xaver Feld, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Von 1899 bis 1924 hat er hier amtiert.

D. J. Marlen, 20. Okt. Der Bürgermeister von Marlen ist pöblich verhaftet und in das Amtsgefängnis Offenburg überführt worden. Die Verhaftung soll ihren Grund in unerläuterten finanziellen Angelegenheiten der Gemeinde haben. Der bisherige Gemeindevorstand von Marlen wurde kürzlich wegen Amtsunterschlagung mit Gefängnis bestraft, gleichzeitig wurde auf Dienstentlassung erkannt.

W. J. Lahr i. Bd. In der Nacht auf Sonntag fuhr auf dem Bahnhof Friesenheim b. Lahr um 0.40 Uhr ein Eilgüterzug aus der Richtung Freiburg kommend, auf den Schluß eines nicht freigestellten Güterzuges auf. Die fünf Schlußwagen des letzteren Zuges entgleisten, wobei drei Wagen schwer und die übrigen leicht beschädigt wurden. Ebenso wurde die Lokomotive des Güterzuges und die Geleisanlage gering beschädigt. Der Sachschaden ist nicht sehr erheblich. Der Zugführer des Eilgüterzuges hat sich eine geringfügige Verletzung zugezogen. Sonst wurde niemand verletzt. Ab 5 Uhr waren beide durchgehende Hauptgleise wieder fahrbar. Die Nachschneelänge erlitten größere Verspätungen.

W. J. Freiburg, 21. Okt. Zu der von anderer Seite gebrachten Meldung über die Verhaftung des mutmaßlichen Mörders von der Weiskammhöhe erhält das Wolffbüro von authentischer Seite folgende Mitteilung: Die Nachricht, daß in Oberbayern der vermutliche Mörder von der Weiskammhöhe verhaftet worden sei, ist nicht richtig. Die betreffende Person befindet sich in München wegen Bettelei in Haft. Sie wurde auch wegen des Mordes auf der Weiskammhöhe angeschrieben, weil der Aufenthaltsort in der Zeit des Mordes nachgeprüft werden sollte. Diese Prüfung ist im Gange und scheint zugunsten des Verhafteten abzulaufen. Im Interesse der Untersuchung ist es bedauerlich, daß immer wieder solche Nachrichten verbreitet werden.

D. J. Radolfzell, 21. Okt. Die Oberbadische Milchzentralgenossenschaft hielt heute ihre durch das Ausscheiden des Direktors Bernh. Schneider bedingte außerordentliche Generalversammlung ab. Der Bericht wurde von Oberrevisor Hoffmann, Karlsruhe, erstattet. Darin kam u. a. zum Ausdruck, daß die vom bisherigen Geschäftsführer begangenen Unregelmäßigkeiten gedeckt worden seien, so daß die Genossenschaft selbst keinen Schaden erlitten habe. — Auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wurde als Nachfolger des bisherigen Geschäftsführers Dipl.-Landwirt Armbruster vorgeschlagen. Die Wahl erfolgte dann auch einstimmig.

bid. Konstanz, 19. Okt. Das neue Dieselmotorschiff „Rainau“ ein Schwesterschiff der „Höri“ und gleichfalls der Reichsbahn gehörend, machte gestern seine erste Probefahrt von Konstanz aus an den Überlinger See.



# Zentralhandelsregister für Baden.

**Baden-Baden.** R. 807  
Handelsregister-Eintrag vom 5. Oktober 1928, Abt. B Band II D.-3. 41 — Firma A. Batsch, Gigarettenfabrik, Aktiengesellschaft in Baden-Baden —: Direktor Hans Erwin Weber, Kaufmann in Köln a. Rh., ist zum weiteren Vorstandsmittel bestellt. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts Baden-Baden.**

**Breisach.** R. 896  
In das Handelsregister B Band I D.-3. 20 Seite 114 ist als neue Firma eingetragen worden: Weinhandels- und Fruchterzeugnis-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Breisach. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Wein und Fruchtsäften sowie die Verarbeitung von Früchten und Getränken und der Vertrieb dieser Erzeugnisse. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer ist Gustav Flegelmeier, Kaufmann in Breisach. Prokuristen sind: Erich Köstle, Kaufmann, und Mathilde Scholt, beide in Breisach. Jeder der bestellten Prokuristen vertritt gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen die Firma. Die Prokura der Frau Toni Manasse in Karlsruhe ist erloschen. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Oktober 1928 festgesetzt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der bisherige alleinige Geschäftsführer Max Manasse ist ausgeschieden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. **Breisach, 4. Okt. 1928. Amtsgericht.**

**Freiburg.** R. 899  
Handelsregister Freiburg. A Band VIII D.-3. 286, Firma Franz Albrecht, Freiburg, ist erloschen. Am 17. September 1928.

A Band VII D.-3. 249: Firma Mathias Haas ist geändert in Mathias Haas, Nachf. Gustav Moser. Inhaber ist jetzt Gustav Moser in Freiburg. Am 19. September 1928.

A Band IX D.-3. 291, Firma Kretschmann & Dietert, Freiburg: Gesellschaft der am 6. August 1928 begonnenen offenen Handelsgesellschaft sind: Wilhelm Dietert, Ehefrau Hilda, geb. Maier, und Bruno Kretschmann, Kaufmann, beide in Freiburg. Am 20. September 1928.

A Band IX D.-3. 302, Firma Elsa Blozheimer, Freiburg (Grünwälder Straße 21). Inhaber Ernst Blozheimer, Ehefrau Elsa geb. Drehfuß, in Breisach. Am 21. September 1928.

A Band VII D.-3. 267: Die Firma Max Schmidt, Freiburg, ist erloschen. Am 22. September 1928.

A Band IX D.-3. 303: Firma Josef Kaiser zum Dirschen, St. Margen. Inhaber Josef Kaiser, Gastwirt in St. Margen. Am 24. September 1928.

A Band VIII D.-3. 276: Firma Friedrich Petzinger, Freiburg, hat den Sitz nach Krozingen verlegt. Am 28. September 1928.

A Band VII D.-3. 248, Firma Martin Sud, Freiburg: Ernst Franceschini, Ehefrau, Elisabeth geb. Springer, in Freiburg hat Prokura. Am 28. September 1928.

B Band VI D.-3. 11: Firma Imprevu, Holzimprägnierung und Holzverwertung Aktiengesellschaft in Freiburg hat unter entsprechender Änderung des § 1 des Gesellsch

chaftsvertrags den Sitz nach Berlin verlegt. Am 20. September 1928.

B Band VI D.-3. 7: Firma „Jamaica“ Bananen- und Früchteeerzeugnis-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen, Zweigniederlassung Freiburg, hat in der Gesellschafterversammlung vom 26. Juli 1928 einen neuen Gesellschaftsvertrag errichtet. Kaufmann Friedrich Carl Heesch in Köln ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Dem Emil Heinrich Weber, Kaufmann in Bremen, ist dergestalt Prokura erteilt, daß er berechtigt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zu vertreten. Am 24. September 1928.

B Band VI D.-3. 20: Dünnbiersparfeuerung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Sparfeuerungsanlagen und der Verkauf aller dazu erforderlichen Materialien sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte. Zur Erreichung dieses Zwecks kann sich die Gesellschaft auch an ähnlichen Unternehmungen beteiligen, Vertretungen errichten und übernehmen. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Geschäftsführer sind: Ernst Bauer, Kaufmann in Kiel-Haffsee und Gustav Dünnbier, Fabrikmeister in Freiburg. August Wid, Kaufmann in Freiburg, hat Prokura. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. September 1928 festgesetzt. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so erfolgt die Vertretung durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Am 25. September 1928.

B Band VI D.-3. 21: Farben-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Freiburg i. Br. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. September 1928 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Ölen, Lacken, trockenen Farben, Malerbedarfsmaterialien und aller verwandten Warenarten, die Herstellung und der Vertrieb von Kitt, Weizen, Öl- und Lackfarben sowie die Übernahme von Vertretungen in diesen Artikeln und verwandter, mit dem Baugewerbe verbundener Bedarfsartikel. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Geschäftsführer sind: Eugen Guhl, Kaufmann in Freiburg, Wilhelm Siebler, Kaufmann in Freiburg. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Der Gesellschafter Hermann Tremoth in Freiburg bringt als Sacheinlage die im Laufe Wasserstraße 4 sich befindlichen, in seinem Eigentum stehenden Lad- und Parkbauten und sonstigen Malerbedarfsmaterialien im Werte von 18 000 M ein. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Am 27. September 1928.

B Band VI D.-3. 4: Deutsche Aetat-Kunstseiden Aktiengesellschaft, „Mobiasteta“ mit dem Sitz in Freiburg i. Br.: Durch die Generalversammlung vom 6. September 1928 wurde unter entsprechender An

derung der Satzung die Erhöhung des Grundkapitals um 3 000 000 M beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt, das Grundkapital beträgt jetzt 6 000 000 M und ist zerlegt in 6000 Stück à 1000 M. Der Ausgabepreis der neuen Aktien beträgt 100 Prozent. Am 28. September 1928.

**Karlsruhe.** R. 891  
Handelsregister-Einträge: 1. Hans Sünndtsen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Heinrich Eugen Baum, Kaufmann in Karlsruhe, ist Prokura erteilt. 8. 10. 1928.

2. Gebr. Minthe & Co., Baggerbetrieb und Wasserbau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Max Minthe ist beendet. 8. 10. 1928.

3. C. Lorenz, Aktiengesellschaft in Berlin, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 20. September 1928 ist das Grundkapital um 3 230 000 M erhöht und beträgt jetzt 9 500 000 M, eingeteilt in 60 000 Stück Stammaktien über je 60 M, 5300 Stück Stammaktien über je 100 M, 4000 Stück Stammaktien über je 300 M, 2000 Stück Stammaktien über je 600 M, 2700 Stück Stammaktien über je 1000 M und 270 000 M Vorzugsaktien über je 54 M. Die Ausgabe der Aktien erfolgte zum Kurs von 120 Prozent. — Durch Beschluß derselben Generalversammlung sind die §§ 4 und 12 des Gesellschaftsvertrages (Grundkapital und Stimmrecht) geändert. 9. 10. 1928.

4. Vogel & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Adolf Schnurmam ist durch seinen Tod beendet. Neelly Schnurmam wurde als weitere Geschäftsführerin bestellt. Sie vertritt die Gesellschaft einzeln. 9. 10. 1928.

5. „Credo“, Kreditbank für Handel, Industrie und Gewerbe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Kaufmanns Hans Simmen, Karlsruhe, ist erloschen. 12. 10. 1928.

**Karlsruhe.** R. 892  
Handelsregister-Einträge: 1. Emma Wehl vormals B. Brunner, Karlsruhe. Einzelaufkauf: Kaufmann Karl Wehl Ehefrau Emma geb. Seeger, Karlsruhe (Handel von Postkarten und Papierwaren ein gros, Vertretung und Agenturen in einschlägigen Artikeln. Herrenstraße 58.) 9. 10. 1928.

2. Knopf & Westermann, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Plus Westermann ist alleiniger Inhaber der Firma. 12. 10. 1928.

3. Friedrich Buttersah, Elektro-Schweißanstalt, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Friedrich Buttersah, Auto-Schweiß- und Schweißanstalt. 12. 10. 1928.

4. Wilhelm Bär, Karlsruhe. Einzelaufkauf: Wilhelm Bär, Kaufmann, Karlsruhe. 4. 10. 1928.

**Lörrach.** R. 881  
Handelsregister-Einträge: Rom 25. 9. 1928: Bauhütte Baden-Pfalz G. m. b. H. Betrieb „Lörrach“ in Lörrach: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Fritz Rudolph ist beendet.

Vom 27. 9. 1928: „Führer & Co.“, Haag: Die Firma wird von Amts wegen gelöscht.

Rom 28. 9. 1928: „Strittmatter & Co.“, Wrombach: Die Firma ist erloschen.

Rom 29. 9. 1928: „Merianische Liegenschaftsgesellschaft m. b. H.“, Hölstein: Durch Gesellschafterbeschluss vom 26. September 1928 wurde die Gesellschaft aufgelöst. Liquidatoren sind die Fabrikanten Hans Ludwig Merian in Hültingen und Theobald Emanuel Merian in Hölstein mit dem Recht zur Einzelvertretung.

Rom 29. 9. 1928: „Merian & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, Hölstein: Durch Gesellschafterbeschluss vom 25. September 1928 wurden a) das Stammkapital von 200 100 M um 599 900 M auf 800 000 M erhöht, b) der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 (Stammkapital), 5 (Teilung von Geschäftsanteilen-Stimmrecht) geändert und len), 7 (Geschäftsführer), 11 (Beschlussfassung und durch Einfügung des § 6a (Veränderungen von Geschäftsanteilen) ergänzt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung einem oder mehreren Geschäftsführern das Recht erteilen, zusammen mit einem Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten. Die beiden Geschäftsführer Hans Ludwig Merian und Theobald Emanuel Merian behalten das Recht zur selbständigen Vertretung der Gesellschaft. Auf das erhöhte Stammkapital bringen die Gesellschafter Fabrikant Hans Ludwig Merian in Hültingen, Fabrikant Theobald Emanuel Merian in Hölstein und Dr. Ernst Merian, beide in Hültingen, je 200 000 M, die zur Erhebung des Stammkapitals am 30. April 1917 erfolgte Ableben des Ludwig Heinrich Merian gehörigen Grundstücke auf Bemerkung Hölstein in Anschlag von 404 200 M, c) die den genannten Gesellschaftern zu je 1/3 Eigentum gehörigen Grundstücke der Bemerkung Hölstein in Anschlag von 12 000 M.

**Bad. Amtsgericht Lörrach.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 5. Oktober 1928: „Wager“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 21. September 1928 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb des unter Nr. G 78 332 X/34c und unter Nr. G 74 096 X/34c zum Patent angemeldeten Einwachssapparats, für den außerdem unter der Nr. G 31 725/23 Wz ein Warenzeichen mit der Bezeichnung „Wager“ angemeldet ist. Das Stammkapital beträgt 50 000 M. Geschäftsführer sind die Kaufleute Josef Gailhofer und Dr. Wilhelm Boob, beide in Mannheim. Dem Felix Hlachs in Mannheim ist Prokura erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt ist. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Jedem Gesellschafter steht das Recht auf Kündigung der Gesellschaft mit halbjähriger Frist auf Schluß eines Geschäftsjahres zu. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur in der Neuen Badischen Landeszeitung zu Mannheim veröffentlicht. Der Gesellschafter Kaufmann Josef Gailhofer in Mannheim bringt die von ihm gemachte, oben bezeichnete Erfindung (Einwachssapparat) samt dem Anspruch auf Abtretung aller inländischer Schutzrechte um den Geldwert von 20 000 M in die Gesellschaft ein. Damit ist seine Stammeinlage in gleicher Höhe geleistet. Geschäftslokal: D 4. 7.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen, Agenturen und Kommanditen an anderen Orten des In- und Auslandes zu errichten und andere Geschäfte gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen. Anstelle der alten §§ 4, 5, 6, 7 und 8 treten die neuen §§ 4 und 5. Das Grundkapital beträgt 850 000 M, eingeteilt in 850 000 Aktien von je 1000 M. § 9 enthält die neue Ordnungszahl 6. Anstelle der alten §§ 10, 11 und 12 (Vorstand) treten die neuen §§ 7, 8 und 9. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen; er wird vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Auch die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat festgesetzt. Falls der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, ist zur Vertretung der Gesellschaft die Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern oder von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen erforderlich. Der Aufsichtsrat kann jedoch einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Anstelle der alten §§ 13, 14, 15, 16 und 17 treten die neuen §§ 10, 11, 12, 13, 14 und 15. Anstelle der alten §§ 18, 19, 20 und 21 (Generalversammlung) treten die neuen §§ 16, 17, 18, 19, 20 und 21. Die Generalversammlung wird durch den Aufsichtsrat oder den Vorstand der Gesellschaft berufen und zwar durch öffentliche Bekanntmachung, welche die Tagesordnung enthalten und mindestens zwei Wochen vor dem Tage, bis zu dessen Ablauf die Hinterlegung der Aktien zu geschehen hat, im Reichsanzeiger erscheinen muß. Anstelle der alten §§ 22 und 23 treten die neuen §§ 22 und 23. § 24 erhielt folgende neue Fassung: Die durch Gesetz oder Satzung vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen durch den deutschen Reichsanzeiger. Die Benennung anderer Zeitungen bleibt dem Aufsichtsrat überlassen. Von der Veröffentlichung in diesen hängt jedoch die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung nicht ab. Auf die eingereichte Urkunde wird Bezug genommen. Offenburg, den 8. Oktober 1928. **Badisches Amtsgericht.**

**Bad. Amtsgericht Lörrach.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen, Agenturen und Kommanditen an anderen Orten des In- und Auslandes zu errichten und andere Geschäfte gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen. Anstelle der alten §§ 4, 5, 6, 7 und 8 treten die neuen §§ 4 und 5. Das Grundkapital beträgt 850 000 M, eingeteilt in 850 000 Aktien von je 1000 M. § 9 enthält die neue Ordnungszahl 6. Anstelle der alten §§ 10, 11 und 12 (Vorstand) treten die neuen §§ 7, 8 und 9. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen; er wird vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Auch die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat festgesetzt. Falls der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, ist zur Vertretung der Gesellschaft die Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern oder von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen erforderlich. Der Aufsichtsrat kann jedoch einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Anstelle der alten §§ 13, 14, 15, 16 und 17 treten die neuen §§ 10, 11, 12, 13, 14 und 15. Anstelle der alten §§ 18, 19, 20 und 21 (Generalversammlung) treten die neuen §§ 16, 17, 18, 19, 20 und 21. Die Generalversammlung wird durch den Aufsichtsrat oder den Vorstand der Gesellschaft berufen und zwar durch öffentliche Bekanntmachung, welche die Tagesordnung enthalten und mindestens zwei Wochen vor dem Tage, bis zu dessen Ablauf die Hinterlegung der Aktien zu geschehen hat, im Reichsanzeiger erscheinen muß. Anstelle der alten §§ 22 und 23 treten die neuen §§ 22 und 23. § 24 erhielt folgende neue Fassung: Die durch Gesetz oder Satzung vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen durch den deutschen Reichsanzeiger. Die Benennung anderer Zeitungen bleibt dem Aufsichtsrat überlassen. Von der Veröffentlichung in diesen hängt jedoch die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung nicht ab. Auf die eingereichte Urkunde wird Bezug genommen. Offenburg, den 8. Oktober 1928. **Badisches Amtsgericht.**

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927 und 23. Juli 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb elektrotechnischer Neuheiten aller Art und der damit verbundenen Nebengeschäfte. Das Stammkapital beträgt 500 M. Geschäftsführer ist Wilhelm Edmed, Kaufmann, Mannheim. Der Sitz wurde von Frankfurt a. M. nach Mannheim verlegt. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ludwig August Schneyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Reichsanzeiger.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 887  
Handelsregister Abt. B Band I D.-3. 2: Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G. in Offenburg. Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. August 1928 wurden die Satzungen geändert und neu aufgestellt. § 1: die Firma lautet nunmehr: „Kronenbrauerei Aktiengesellschaft“. Die Firma hat ihren Sitz in Offenburg § 2 (Gegenstand des Unternehmens) ist der Betrieb des Brauereigewerbes.

**Bad. Amtsgericht Mannheim.** Mannheim. R. 880.  
Handelsregister-Einträge: a) vom 4. Oktober 1928: Karl Schneyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 26. Oktober 1921 festgesetzt und am 1. Mai 1924, 31. August 1926 und 10. Juni 1927